

Pressemitteilung zum Start der Online-Befragung des Kultusministeriums

Die mit großem Gestus in die Öffentlichkeit gebrachte Online-Befragung der 90.000 Lehrkräfte in Niedersachsen wird von der NDV nach wie vor mit großer Skepsis betrachtet. Die dafür von der Kultusministerin emphatisch bemühten Attribute „mutig“ und „innovativ“ täuschen darüber hinweg, dass es sich eher um eine organisatorisch aufwändige Alibiveranstaltung handelt. Ministerin Heiligenstadts Behauptung, es „gehe ihr um einen differenzierten Blick auf die Belastungserfahrungen und um Entlastungsfaktoren, denn hierüber lägen bisher nur wenige Erkenntnisse vor“ entspricht in keiner Weise der Realität, denn in den letzten Jahren hat nicht zuletzt die NDV immer wieder konkret auf Überlastungen, sei es im Unterricht, sei es bei der Umsetzung der Eigenverantwortlichen Schule im Bereich der Schulleitungen hingewiesen. Seit Jahren etwa wird von der Landesregierung ignoriert, dass die gymnasialen Schulleitungen mit seit 1992 unveränderten Entlastungen arbeiten müssen, obwohl sich doch nachweislich die Anforderungen quantitativ und qualitativ mehr als verdoppelt haben.

Wenn aber die Haushaltslage limitierende Rahmenbedingung jeder potentiellen Entlastungsmaßnahme bleibt, ist eine Differentialdiagnose wie die geplante flächendeckende Befragung völlig obsolet. Im Gegenteil: Sie schafft – vor der Landtagswahl – Erwartungen, die auch nicht ansatzweise erfüllt werden. Was die Struktur des Projekts selbst anbetrifft, so erscheint fraglich, inwieweit eine Individualbefragung aller Lehrkräfte überhaupt zu systemrelevanten Ergebnissen führt oder nicht vielmehr individuell höchst unterschiedliche Belastungssituationen thematisiert werden. Hinzu kommt, dass durch die zugrunde gelegten Kategorien (1. Unterricht, 2. Inklusiv Bildung, 3. Sprachförderung und interkulturelle Bildung, 4. Ganztags, 5. Zusammenarbeit, 6. Schule leiten und verwalten) die Prioritäten eines Schulsystems als gesetzt vorgegeben sind, die zum großen Teil selbst ursächlich für die beklagten Überbelastungen und die nicht enden wollende Arbeitszeitdiskussion sind. Hier soll ein System stabilisiert werden, statt es in Frage zu stellen.

Sinnvoller und erfolgversprechender wäre eine Befragung, die auf konkrete Aufgabenkritik zielt, so wie sie Ministerpräsident Weil im Gespräch mit der NDV angeregt hat: „Was konkret kann und muss man verändern?“ – „Was sollte man weglassen?“ Das sind die Fragen, auf die es weiterführende Antworten gäbe.

Wenn diese Ankündigung ernst gemeint ist, sollte der Blick direkt auf eine umgehende Reduktion und Vereinfachung in längst identifizierten Aufgabenbereichen gerichtet werden. Der jetzt angelaufenen Befragungsaktion bedarf es dazu nicht.

1.06.2016

Dr. Wolfgang Schimpf, Vorsitzender NDV